Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

555 (28.11.1900) Mittagsblatt

Visual Library

Ausgabe:
wöchentlich zwölfmal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mark, durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion
3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr.
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der „Badischen Landeszeitung", Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Nr. 555. Karlsruhe, Mittwoch, 28. November 1900. Mittagsblatt

Der „Toleranz"-Antrag des Centrums.

Unter dieser Ueberschrift macht die „Germania" den „Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Freiheit der Religionsübung", bekannt, wie ihn das Centrum, an seiner Spitze die Abgeordneten Dr. Lieber, Gröber, Dr. Pichler, Dr. Spahn und Dr. Bachem, im Reichstag eingebracht hat. Unter der schimmernden Einkleidung des weitestgehenden Liberalismus, mit der volkstümlichen Marke der Toleranz, werden in diesem schon kurz gekennzeichneten Antrage die kühnsten Forderungen des Ultramontanismus in ein Reichsgesetz hineingebracht, das, wenn es in dieser Form Annahme fände, nun wohl endlich dem Begehren der klerikalen Partei für Deutschland ein Ende setzen würde. Voller Stolz und mit sichtlicher Befriedigung schließt die „Germania" ihre vorläufige Beleuchtung des Entwurfs mit den Worten:

Mit ihrem Toleranzantrage hat die Centrumsfraktion des Deutschen Reiches in unanfechtbarer Weise zu erkennen gegeben, daß sie ihrerseits das ernstliche Bestreben hat, eine wahre Toleranz auf politischem, staatsbürgerlichem Gebiete herbeizuführen, eine gleichmäßige Toleranz für das individuelle Religionsbekenntnis sowohl, wie für die Religionsfreiheit der Religionsgemeinschaften. Der Centrumsantrag bildet sonach zugleich einen Prüfstein zur thatsächlichen Feststellung, auf welcher Seite die politische Toleranz, über die so viel gesprochen und geredet wird, ernst gemeint ist oder nicht. Wir können unsererseits die weiteren Erörterungen ruhig abwarten.

Einer solchen Erörterung wollen wir den Antrag hiermit in kurzem unterziehen. Er zerfällt in zwei Teile. Der erste handelt in vier Paragraphen von der Religionsfreiheit der Reichsangehörigen. Er ist der unverfänglichere. Nach ihm soll „jeder Reichsangehörige" nicht nur „die volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses", sondern auch die „der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften und zu gemeinsamer häuslicher und öffentlicher Religionsübung" haben. Wie der einzelne Reichsangehörige das macht, sich zu Religionsgemeinschaften und zu gemeinsamer Religionsübung zu vereinigen, ist nicht gesagt, wird aber wohl in der Verhandlung noch näher erläutert werden. Nach § 2 sollen die Kinder in Ermangelung einer Vereinbarung der Eltern nach den landesrechtlichen Vorschriften desjenigen Bundesstaates religiös erzogen werden, in dessen Bezirk der Mann bei Eingehung der Ehe seinen Wohnsitz hatte. Ob diese Lösung der schwierigen Frage nach der konfessionellen Kindererziehung bei der gegenwärtigen Freizügigkeit und dem Wohnungswechsel, zumal der arbeitenden Klassen, die glücklichste ist, mag hier dahingestellt bleiben. Die Entscheidung über das eigene religiöse Bekenntnis soll dem Kinde bereits nach beendetem zwölften Lebensjahre zustehen. § 3 bestimmt für den Austritt aus einer Religionsgemeinschaft mit bürgerlicher Wirkung eine Erklärung des Austretenden „gegenüber der Religionsgemeinschaft"; diese Erklärung soll aber dennoch nach dem zweiten Absatze nicht vor einem Vertreter der Religionsgemeinschaft, sondern vor dem Amtsgericht des Wohnortes abgegeben werden, das seinerseits die zuständige Behörde der Religionsgemeinschaft hiervon in Kenntnis zu setzen hat. Eine Empfangsbescheinigung ist zu erteilen. Nach § 4 sind von dem Ausgetretenen persönliche, nicht auf Grundstücken lastende Leistungen nach Abgabe der Austrittserklärung an die verlassene Religionsgemeinschaft nicht mehr zu erfordern. Es ist eigentümlich, daß selbst die partikularistischen Bayern vom Centrum für diesen Antrag eintreten wollen, der doch darauf ausgeht, die Religionsfragen der Kompetenz der Einzelstaaten zu entziehen. Andererseits soll aber auch zugegeben werden, daß die Mecklenburgischen Großherzogtümer den Katholiken Anlaß zu gerechten Beschwerden bieten. Nach ihren Landesgesetzen sind sie nicht Rechtsstaaten paritätischen Charakters, sondern sie räumen dem evangelischen Bekenntnis als Staatsreligion eine ausdrücklich gewährleistete Vorzugsstellung ein. Dort sind z. B. Anordnungen möglich, wonach Katholiken die Abhaltung eines katholischen Gottesdienstes unter gewissen Verhältnissen untersagt werden kann, obgleich die Leute im übrigen Anspruch auf staatlichen Schutz ihrer Rechte haben. Die katholischen Gotteshäuser dürfen nicht als solche kenntlich sein, sondern dürfen nur den Charakter von Betsälen tragen und dergleichen mehr. In anderen Bundesstaaten haben es besondere geschichtlich begründete Verhältnisse mit sich gebracht, daß der evangelischen Kirche besondere staatliche Rechte gewahrt sind.

Beschränkten sich die klerikalen Anträge auf Abschaffung der Härten, die hier und da für die Katholiken vorliegen, so hätte man gegen sie nichts einzuwenden. Aber das wahre Gesicht des Antrages sehen wir erst im zweiten Abschnitt. Er bespricht in weiteren sechs Paragraphen die Religionsfreiheit der Religionsgemeinschaften. § 5 bestimmt, daß in einem Bundesstaate anerkannten Religionsgemeinschaften im ganzen Reichsgebiete die freie und öffentliche Ausübung des Kultus zustehen soll, insbesondere die Befugnis, ohne weitere staatliche oder kommunale Genehmigung Gottesdienste abzuhalten und Kirchengebäude mit Türmen und Glocken zu erbauen. Die Religionsdiener jeder landschaftlich organisierten Kirche sollen bei allen Mitgliedern derselben Religionsgemeinschaft im Reich die Religionshandlungen ausüben dürfen. Dieser Paragraph würde also der römischen Kirche den bisher beschränkten Eintritt in Braunschweig, Mecklenburg 2c. ohne Limitation verschaffen; er würde es aber auch verhindern, daß z. B. nichtbayrische evangelische Geistliche für jede in Bayern zu haltende Predigt die Genehmigung des bayrischen Ministers einzuholen haben. Die eigentlichen Sturmesparagraphen kommen aber nun erst. § 6 lautet: „Der Verkehr der anerkannten Religionsgemeinschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Vorschriften und Anordnungen einer anerkannten Religionsgemeinschaft, welche sich auf die Religionsübung beziehen, bedürfen zu ihrer Gültigkeit weder einer Mitteilung an die Staatsbehörde, noch einer Genehmigung von Seiten der Staatsbehörde." Dadurch wäre also mit einem Striche das staatliche Placet, wie es in Sachsen, Bayern, Württemberg, Elsaß-Lothringen, in beschränkter Form auch in Baden, Hessen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha und Braunschweig noch besteht, abgeschafft und der auswärtige „Obere", der Papst, hätte unbegrenztes Bestimmungsrecht. Nach § 7 können ohne staatliche Genehmigung von anerkannten Religionsgemeinschaften, sofern nur keine Staatsmittel in Anspruch genommen werden, im ganzen Reichsgebiete Religionsgemeinschaften oder geistliche Aemter errichtet oder abgeändert werden. Damit stünde einer Verdoppelung oder Verdreifachung der bischöflichen Stühle, wenn nur Rom selbst für ihre Besoldung sorgte, nichts mehr im Wege. Noch bedenklicher aber ist der zweite Absatz, welcher landesrechtliche Verbote oder Beschränkungen der Verwendung auswärtiger Religionsdiener zu seelsorgerlicher Thätigkeit für anerkannte Religionsgemeinschaften ausschließen will. Wir könnten mithin in Scharen ausländische Mönche und Priester, Bischöfe und Erzbischöfe in unser deutsches Vaterland einziehen sehen, die auch mit dem letzten Reste deutschpatriotischer Gesinnung in ihren Sprengeln ungehindert aufzuräumen in der Lage wären. Der § 8 beseitigt die Anzeige religiöser Akte bei Staatsbehörden oder bei einer anderen Religionsgemeinschaft. Dem vielleicht nur ungeschickt gefaßten Wortlaute dieses Paragraphen nach wären Taufen, Trauungen und Beerdigungen von Mitgliedern einer anderen Religionsgemeinschaft zulässig, ohne daß bei den betreffenden Beamten derselben auch nur eine Mitteilung davon gemacht zu werden brauchte. § 9 fordert die Beseitigung jeglicher gesetzlichen Beschränkung oder Hinderung für die Abhaltung von Missionen anerkannter Religionsgemeinschaften. Welch eine Missionspropaganda würde sich dann über Deutschland ergießen! Und nun endlich der krönende Schluß, um deswillen das ganze schöne Gebäude aufgeführt ist: „§ 10. Religiöse Genossenschaften, Gesellschaften und Vereine aller Art, welche einer anerkannten Religionsgemeinschaft angehören, bedürfen zu ihrer Gründung und Thätigkeit innerhalb des Reichsgebietes keinerlei staatlicher oder kommunaler Genehmigung." Das ist also der Jesuitenparagraph, der für die Gesellschaft Jesu und die ihr verwandten Orden die Thüren Deutschlands, auch in den Staaten, die nach Aufhebung des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1872 die Jesuiten nach ihrem Landesgesetz noch ausschließen könnten, weit aufthun und diese „besten" Glieder ihrer Kirche mit ihren Schulen, Seminarien, Konvikten, Klöstern u. s. w. im Heimatlande der Reformation zu bleibenden Ansiedelungen mit Pauken und Trompeten wieder einführen soll.

Hiermit ist der „Toleranzantrag" des Centrums gekennzeichnet. Freilich — wenn Rom und seine Leute von Toleranz reden, so fragt man: Wer erträgt es, daß die intoleranteste Kirche der Welt unter dem Deckmantel der Toleranz die berüchtigsten Vorkämpfer der Unduldsamkeit und der Verfolgungssucht in die noch immer leidlich friedlichen Gefilde Deutschlands hinein verpflanzen will! Wenn wir nun dem vom Papst vor der ganzen Welt gelobten und gepriesenen deutschen Centrum die Zumutung stellen wollten: Wohlan, gebrauche dein Ansehen beim heiligen Vater, daß er deinem Toleranzantrage auch für die in Rom ja so gut angeschriebenen Staaten Oesterreich, Spanien, den Ländern Südamerikas Aufnahme verschaffte, wie würde die Antwort wohl lauten?

Die Vereinigten Staaten und China.

‡ London, 25. Nov.

Drei Umstände fallen bei der augenblicklichen Chinapolitik der Vereinigten Staaten, die ein amerikanisches Blatt mit bitterem Spotte, aber treffend als „kapriziös und unverständlich" bezeichnet, und die jetzt zu einem Stadium der Verhandlungen gekommen ist, welches der offiziöse Preßapparat in Washington selbst als „prekär" kennzeichnet, besonders ins Auge: Der chinesische Gesandte in Washington, Wu-ting-fang, ist augenblicklich persona gratissima, der amerikanische Gesandte in Peking dagegen, der treffliche Mr. Conger, ist vollständig in Ungnade gefallen und wird von den Tintenkulis des Staatsdepartements schlankweg für geistesgestört erklärt, und das amerikanische Volk fängt an, die Politik seiner väterlichen Regierung unbegreiflich zu finden, und vermutet, daß Mc Kinley oder Staatssekretär Hay selbst nicht wissen, was sie wollen oder aber sich in ganz unverantwortlicher Weise von Rußland ins Schlepptau nehmen lassen.

Der chinesische Gesandte fährt fort, Artikel über die Lage zu schreiben, aber sie bringen lediglich immer wieder die bewegliche Klage, daß die Missionare zu taktlos gewesen seien, und daß man die Chinesen im Abendlande in Wort und Schrift schlechter behandle, als sie es verdienen; von einem Bedauern über die feigen und hinterlistigen Mordthaten der chinesischen Regierung oder über die viehischen Bestialitäten, die die sanftmütigen Landsleute des sanftmütigen Wu-ting-fang an Frauen, Mädchen und Kindern des Westens, die mit den Missionaren und mit der westlichen Presse absolut nichts zu schaffen haben, verübt haben, ist nirgends ein Wort in diesen Expectorationen zu finden. Dagegen ist es auf seine intelligente Information zurückzuführen, daß die journalistischen Leib-Sklaven des unverwüstlichen Hay jetzt mit allen Details schildern, wie der amerikanische Gesandte unter den Strapazen der Belagerung, der seelischen Erregung und der klimatischen Einflüsse sein Nervensystem vollständig zerüttet habe, so daß es jetzt kein Wunder wäre, daß er nicht mehr die nötige geistige Elastizität besitze, um den Einflüssen seiner extrem chinesenfeindlichen Umgebung mit der nötigen Gemütsruhe gegenüberzustehen. In anderen Blättern desselben Kalibers, wie der New-Yorker „Evening Post", die beinahe noch chinesischer sind, als Herr Bebel, wird die zarte Andeutung, die man über den Gesundheitszustand Congers von Washington aus nach allen Richtungen der Windrose telegraphiert hat, natürlich verständnisinnig aufgenommen und gleich dahin erweitert, daß der Vertreter der amerikanischen Interessen in China leider unzurechnungsfähig geworden sei. Würde Conger nicht von den amerikanischen Kaufleuten in China und von der Missionspartei so stark unterstützt, so hätte man ihn vielleicht schon, „aus Gesundheitsrücksichten", zurückbeordert. Und alles das nur, weil er sich mit der Bestrafung der Urheber der Meuchelmorde einverstanden erklärt hat. Die Administration läßt heute offiziös versichern, daß sie zu der Conger'schen Idee, in diesem Punkte unbedingt solidarisch mit den anderen Mächten zu sein, ihre Zustimmung niemals geben wird. Auf der anderen Seite versucht der Teil der Presse, der mit der unsicheren und schwankenden Chinapolitik des Kabinetts Mc Kinley ernstlich unzufrieden ist, darauf hinzuweisen, daß Amerika doch unter keinen Umständen Sonderbegünstigungen durch seine Chinesenfreundlichkeit erzielen wird, und daß die Administration besser thäte, in ihren Entschlüssen definitiv zu werden, und zwar im Sinne des allgemein acceptierten Programms. Es wird darauf hingewiesen, wie Li-Hung-Tschang auf jede Art und Weise zu verhindern sucht, daß ihm eine gemeinsame Note der Mächte überreicht wird. Er ist eifrig dabei, mit den einzelnen Mächten Sonderverhandlungen einzuleiten und hat dabei, nach der Auffassung dieser Kreise, in Livadia und vielleicht auch in Washington bereits den Erfolg gehabt, die Solidarität der Mächte unwiederbringlich zu erschüttern. Li ist auch, nach der Ansicht dieser Kreise, derjenige, welcher der Rückkehr des chinesischen Hofes nach Peking mit aller Entschiedenheit entgegenarbeitet und vor den Vertretern der Mächte als gute Entschuldigung angiebt, daß zu direkten Verhandlungen noch nicht geschritten werden kann, weil ja die Konferenzen der Mächte noch zu keinem Resultat geführt haben und erst die Entscheidungen der Kabinette zu Hause abgewartet werden müssen. Es wird viel bemerkt, daß Rußland und Japan die Strafe ebenfalls zu hoch finden. Allen, selbst den gefährlichsten Kombinationen und Vermutungen über den schließlichen Ausgang des chinesischen Imbroglio und die kommende Gruppierung der Mächte öffnet die amerikanische Presse ihre

---

Geschichtskalender.

28. November. 1772. Gottfr. Hermann, Philolog, * Leipzig. 1794. A. v. Steuben, deutsch-amerikanischer General, † Oneida County. 1820. Friedrich Engels, Sozialist, * Barmen. 1851. Vinz. Prießnitz, Urheber der Kaltwasserkur, † Gräfenberg. 1860. Josias Frhr. v. Bunsen, Gelehrter und preußischer Staatsmann, † Bonn. 1870. Sieg des Prinzen Friedrich Karl bei Orleans. Sieg bei Beaune. Amiens von den Deutschen besetzt. 1880. Emil Palleske, Schriftsteller, † Thal bei Ruhla. 1885. Sieg Alexanders von Bulgarien über die Serben bei Slivnitza. 1889. R. v. Volkmann, Mediziner und Schriftsteller (R. Leander), † Jena. 1898. Konrad Ferdinand Meyer, schweizerischer Dichter und Romanschriftsteller, † Kilchberg bei Zürich.

Kesseltreiben.

Roman von Hans Hochfeldt.

51 (Nachdruck verboten.)

„Zwischen allen den gleichgültigen Menschen muß ich das Gesicht eines lieben Freundes sehen können, sonst komme ich mir zu verwaist vor!" hatte sie ihm als Begründung ihrer Bitte gesagt.

Er hatte nicht gewollt! Es war anzunehmen, daß die ganze vornehme Welt sich dort ein Rendezvous geben und daß er voraussichtlich auf viele frühere Bekannte stoßen würde!

„Und das würde nur peinliche Situationen für mich schaffen," schloß er.

„Warum? Haben Sie jene Menschen zu scheuen? Wenn Jemand die Augen niederzuschlagen hat, so ist es jene Gesellschaft, die so kleinlich denkt und ehrliche Ueberzeugstreue eines Mannes mit ihrem gesellschaftlichen Boykott belegt, aber doch nicht Sie!" entgegnete Marie mit leichter Erregung. „Ich bin sogar der Ansicht, daß sie doppelten Grund haben, den Kopf hoch zu tragen, denn Sie haben es verstanden, trotz des Anathems, das jene über Sie ausgesprochen haben, sich aus eigener Kraft eine neue und angesehene Stellung zu schaffen und dem Namen Bornim einen neuen und viel wertvolleren Klang zu geben!"

Fritz schüttelte abwehrend den Kopf.

„Doch, doch," fuhr Marie hastig fort. „Ihr neuer Roman hat Ihnen einen litterarischen Namen verschafft, das haben Ihnen doch die Kritiken nicht nur allein, sondern auch der Umstand bewiesen, daß innehralb acht Wochen schon fünf Auflagen desselben erschienen sind."

„In Ihrer Freundschaft zu mir überschätzen Sie mein Können!"

„Ich? Wer spricht denn von mir? Die Welt — das ganze gebildete Publikum hat sein Votum abgegeben! Wenn ich in einem Punkte mit Ihnen nicht zufrieden bin, so ist es Ihre übertriebene Bescheidenheit und Ihr Mangel an Selbstbewußtsein! — Das müssen Sie aber ablegen, und wenn Sie es nicht von selbst thun, so werde ich Sie zwingen!" fügte sie lächelnd hinzu, ihm die Hand hinstreckend. „Und darum — erwarte ich Sie mit Bestimmtheit am Bazare!"

Fritz hatte sich, wie schon bei anderen, ähnlichen Veranlassungen, dem Willen seiner Freundin fügen müssen. Ja, Freundin im vollsten Sinne des Wortes war ihm Marie geworden. Bei ihr fand er Verständnis für alles, ihr gegenüber durfte er sich ganz so geben, wie er war. Sie war seine treue Beraterin geworden, ihr las er seine litterarischen Arbeiten vor, ehe er sie der Oeffentlichkeit übergab, mit ihr besprach er seine neuen Ideen und folgte ihren feinfühligen Andeutungen bei der Ausarbeitung. So war auch sein neuer Roman eine Frucht ihres gemeinsamen Zusammenarbeitens gewesen. — Aber auch in sein inneres Leben, in seine Kämpfe und seine früheren Beziehungen zu Hertha hatte er Marie Einblick gegeben, und durch ihren Einfluß war er wieder innerlich und äußerlich gesundet.

Wenn er in den letzten Monaten an Hertha zurückdachte, so geschah dies mit voller Ruhe der Seele. Er sah immer mehr und mehr ein, daß sie nie das rechte Weib für ihn gewesen wäre. Er brauchte eine treue Gefährtin und Gehilfin im Leben, eine Mitarbeiterin, die inneren Anteil nahm an seinem Schaffen und feinfühliges Verständnis für dasselbe hatte, der er seine tiefsten Gedanken offenbaren konnte und die mit ihm Freud und Leid trug. Das aber wäre ihm Hertha nie geworden!

Es gab ein Weib, das alles das erfüllte, was er ersehnte, in dessen Nähe ihn ein himmlischer Frieden überkam! Aber dieses Weib war für ihn unerreichbar, vorläufig noch nicht erreichbar! Erst mußte er sich wieder ganz zur Höhe durchgerungen haben, mußte einen völlig sicheren Boden unter den Füßen fühlen, ehe er daran denken durfte, seine Hand nach solchem Glücke auszustrecken! Erst wenn der Name Bornim gleichberechtigt neben dem einer Maria Sydow genannt werden konnte, erst dann war die Zeit gekommen, aus dem Träumen zur That zu schreiten und zu versuchen, ob das Geschick sich ihm schließlich doch noch gnädig erweisen und ihm zu vollem Lebensglücke verhelfen würde.

Die Verlobung Herthas hatte ihn daher nicht im mindesten erregt; im Gegenteil hatte sie ihm eine gewisse Befriedigung gewährt. Gott sei Dank, so hatte auch sie überwunden, und ihm war dadurch vor seinem Gewissen die eigene Bahn frei gemacht worden.

Er hatte Marie die Verlobungsanzeige lächelnd gezeigt und dabei nicht gemerkt, wie diese nach ängstlich forschendem Blick in sein Gesicht wie von einer schweren Last befreit aufgeatmet hatte!

„Ich bin von Herzen froh über diese Verlobung," hatte er gesagt. „Hertha wurzelte mit ihrem ganzen Fühlen und Denken so sehr in ihren Kreisen, daß sie auch nur in diesen ein dauerndes Glück finden konnte — wenigstens das, was man gewöhnlich unter Glück zu verstehen pflegt, — glänzende äußere Stellung, Reichtum und Wohlleben!"

(Schluß folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Spalten. Thatsächlich ist man im Staatsdepartement nichts weniger als zuversichtlich, und aus hohen Beamtenkreisen wird bekannt, daß eine starke Strömung in der Administration auftritt, die nunmehr die Ansicht zur Geltung bringen möchte, daß die sogenannte Friedenspolitik, die die Vereinigten Staaten jetzt in China verfolgen, weit kriegsgefährlicher ist, und zu weit schwereren Komplikationen führen kann, als das bischen militärische Operationen, gegen die das Kabinett jetzt so moralisch entrüstet ist.

Versammlung des Nationalliberalen Vereins.

= **Karlsruhe**, 28. Nov.

Unter dem Vorsitz des Prof. Dr. Goldschmit versammelte sich gestern Abend zum ersten Mal in diesem Winter der Nationalliberale Verein im Saal III der Brauerei Schrempp, um zu dem Beschluß des Engeren Ausschusses, betr. die Wahlrechtsfrage, Stellung zu nehmen.

Prof. Dr. **Goldschmit** gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck und bemerkt, daß der Vorstand nicht die Absicht habe, Jemandem seine Meinung über die Wahlrechtsfrage aufzudrängen, sondern die Ansicht des Vereins über das Wahlrecht und die Wahlreform hören wolle. Bei dieser Besprechung mögen auch einige andere Fragen nebenbei erörtert werden, doch vermesse er sich nicht, wie kürzlich der Führer einer anderen Partei, die „Bilanz für Baden und das Deutsche Reich zu ziehen". (Heiterkeit.) Der Redner warf zunächst einen kurzen Rückblick auf die verschiedenen Phasen, welche die Wahlrechtsfrage in Baden durchgemacht hat. Von Einfluß auf den Wunsch nach Abänderung des bestehenden Wahlrechts war in erster Linie das Reichstagswahlrecht. Nachdem die Landtage mehr und mehr den Charakter von Provinziallandtagen angenommen haben, da die großen Fragen im Reichstag entschieden werden, üben viel größere Massen ihr Wahlrecht aus, als in früheren Zeiten; auch die Agitation ist viel intensiver geworden, sodaß das indirekte Wahlrecht thatsächlich längst abgeschafft ist. Man würde es heute fast wie einen Wortbruch ansehen, wenn ein Wahlmann anders wählen wollte, als sein Mandat lautet. Seitdem die Wahlmänner thatsächlich nur noch die Briefträger der Wähler sind, hat das indirekte Wahlrecht seine Bedeutung verloren; es wird als eine Unbequemlichkeit angesehen. Die gegnerische Presse entstellt absichtlich, wenn sie behauptet, daß das jetzige Wahlsystem ein reaktionäres sei. Denn thatsächlich sind alle Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, ihrer Stärke entsprechend im Landtag vertreten. Wenn unsere Gegner fortwährend behaupten, das indirekte Wahlrecht sei nur für die Leute „von Bildung und Besitz" geschaffen, so ist das eine maßlose und bewußte Uebertreibung. Von sämtlichen deutschen Bundesstaaten besitzt Baden heute noch das fortgeschrittenste Wahlsystem, trotz des indirekten Wahlrechts. Württemberg z. B. hat wohl das direkte Wahlrecht, dort sitzen aber in der Zweiten Kammer neben den direkt Gewählten 23 Privilegierte. Und in Bayern und Hessen ist das Wahlrecht an eine direkte Staatssteuer gebunden; Preußen besitzt gar die offene Klassenwahl. Sehr häufig wird der Nationalliberalen Partei der öftere Wechsel in der Stellungnahme zum Wahlrecht vorgeworfen. Indessen waren die Gründe, welche die Partei zum Wechsel bewogen, stets die gleichen: Sie suchte stets nur einen Weg zur Verständigung mit den anderen Faktoren. Das ist keine schwankende Haltung, sondern man suchte nur dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Nachdem sich die Nationalliberale Partei überzeugt hatte, daß alle Versuche in dieser Beziehung aussichtslos waren, entschloß sich jetzt der Engere Ausschuß Eintreten für die direkte Wahl der Partei zu empfehlen. Der Schritt hat auf verschiedenen Seiten Aufsehen erregt, doch glaubt der Redner, daß sich die Gemüter bald wieder beruhigen werden. Man hat mit dem Gespenst des Radikalismus gedroht; wenn diese Gefahr wirklich käme, dann ginge sie nicht vom direkten, sondern vom allgemeinen Wahlrecht aus; man hätte also diese Gefahr im Jahre 1869 erörtern sollen. (Sehr richtig!) Der Regierungsentwurf spricht von den Wahlmännern als von „Männern, die kraft ihres Berufs einen Einblick ins Staatsleben besitzen". Das liest sich sehr schön, aber in der That werden nur solche gewählt, die den Zettel für die betreffende Partei abgeben, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Wurden doch vor 3 Jahren irgendwo — die Stadt will der Redner nicht nennen — Dienstmänner, Packer, Former, Fabrikarbeiter als Wahlmänner gewählt. Das mögen ganz achtbare Leute sein; daß sie aber „vermöge ihres Berufs einen besonderen Einblick ins Staatsleben haben und ganz besonders geeignet sind, die richtigen Männer herauszufinden", wird wohl Niemand behaupten wollen. Im indirekten Wahlrecht liegt kein Schutz gegen die Gefahren des allgemeinen Wahlrechts; diesen kann nur begegnet werden, wenn man Leute, die heute abseits stehen und sich um das politische Leben wenig kümmern, der politischen Arbeit wieder zuführt. (Sehr gut!) Für die staatserhaltenden Parteien ist das indirekte Wahlrecht vielfach ein Hindernis, wie aus der geringen Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen ersichtlich ist, wo in der Regel kaum 50 Prozent der Wähler abstimmen, während bei den Reichstagswahlen schon 70 bis 80 Prozent zur Urne schritten. Sodann ist bei der indirekten Wahl ein Wahlapparat notwendig, der sich in größeren Städten bald nicht mehr überblicken läßt. Wenn die Entwickelung so weiter schreitet, wird z. B. in Mannheim schließlich auch der größte Saal für die Aufnahme der Wahlmänner nicht mehr ausreichen. Die Nationalliberale Partei ist also nicht blind gegen die Gefahren des allgemeinen Wahlrechts, sie weiß aber auch, daß das indirekte Wahlrecht keinen Schutz dagegen bietet. Aus diesen Gründen machte der Engere Ausschuß den Vorschlag, die Partei möge sich für die direkte Wahl aussprechen. Außerdem aber verlangt die Partei, daß die größeren Städte in mehrere Bezirke eingeteilt werden, was namentlich dem Lande gegenüber als eine durchaus gerechte Forderung erscheint; denn es ist nicht einzusehen, warum ein Städter mehrere Abgeordnete wählen darf. Im „Bad. Beobachter" hat Abg. Wacker diesen Vorschlag bekämpft, weil angeblich diese und die andern Bedingungen lediglich einen Vorwand darstellten; die Nationalliberale Partei meine es nicht ernst mit der Einführung des direkten Wahlrechts. Diese Einwände sind nicht neu; so hieß es auch früher. Offenbar ärgern sich die Gegner, daß ihnen das Spielzeug der Agitation genommen wird. (Sehr gut!) Ferner ist Herr Wacker der Ansicht, daß diese Frage nur in Verbindung mit der Wahlkreiseinteilung gelöst werden kann. Warum, ist garnicht einzusehen. Auch die Abgeordneten Heimburger und Zehnter hatten im Landtag dagegen nichts einzuwenden. Die weitere Forderung, daß die Kammer alle 4 Jahre erneuert werden soll, versteht sich von selbst. Wozu denn alle 2 Jahre die Aufregung einer Wahl? Wenn das ganze Land alle 4 Jahre wählt, wird die Beteiligung eine viel regere sein, andererseits bedauert es niemand, wenn er nur alle 4 Jahre wählen darf. Die Abschaffung der Stichwahlen hält der Redner für seine Person nicht für empfehlenswert. Wenn im Reich keine Stichwahlen stattfänden, so säßen nicht 50, sondern 70 bis 80 Sozialdemokraten im Reichstag. Zudem gäbe die Abschaffung der Stichwahlen das Signal zu Wahlbündnissen vor der Hauptwahl. Was die Reform der Ersten Kammer betrifft, so sei er im Gegensatz zum „Beobachter" der Ansicht, daß diese Frage bei dem vorliegenden Thema nicht unerörtert bleiben darf. Die Reformbedürftigkeit der Ersten Kammer werde von keiner Partei bestritten; bei der Frage, auf welche Weise sie aufgefrischt werden kann, denke man in erster Linie an die großen Interessenverbände, welche die Regierung der Zweiten Kammer zuführen wollte. Diese 4 Punkte sind keine Einschränkung des direkten Wahlrechts, erscheinen aber durchaus gerechtfertigt. Im übrigen glaube er, daß der Wahlrechtsfrage viel zu viel Wichtigkeit beigelegt wird. Die Demokraten sagen sogar, man müsse das direkte Wahlrecht nicht nur fordern, sondern im gegebenen Fall auch die nötigen Konsequenzen ziehen, also das Ministerium, wenn es nicht nachgiebt, stürzen. Dazu werde sich wohl die Nationalliberale Partei nicht hergeben, so lange die Regierung in den bewährten Bahnen der letzten 40 Jahre wandelt. Wir haben ja auch keine parlamentarische Regierung; glücklicherweise ist der Träger der Krone noch nicht zu dem Schattendasein der Herrscher in Belgien und England herabgesunken. (Lautes Bravo!) Wir sind glücklich, einen Monarchen an der Spitze zu haben, der die Verantwortung fühlt und trägt. Allerdings kann keine Regierung auf die Dauer dem ausgesprochenen Volkswillen widerstehen, aber daß sie in jeder einzelnen Frage dem Volkswillen nachgiebt, ist ein Unding; das würde merkwürdige Zustände herbeiführen. Es ist ein Glück, daß es neben der schwankenden Volksvertretung noch andere Faktoren giebt, die auch ihren Willen durchsetzen können. Mit der Wahlrechtsfrage hat sich naturgemäß auch die Presse lebhaft beschäftigt. Erfreulicherweise lieferten die nationalliberalen Blätter Badens der Opposition keinen Stoff für ihre Zwecke; dagegen wurden auswärtige Blätter, insbesondere ein Karlsruher Korrespondent des „Schwäb. Merkurs", in manchen Fragen als Nationalliberale gegen die Nationalliberale Partei ausgespielt. Der Redner hat alle Hochachtung vor Herrn Otto Ammon, aber er müsse hier erklären, daß Ammon nicht zur Nationalliberalen Partei gehöre. Er ließ sich dies schon vor mehreren Jahren vom Redner selbst schriftlich bestätigen. In der demokratischen Presse ist fast garnichts über die jetzige Stellungnahme der Nationalliberalen Partei zur Wahlrechtsfrage zu lesen. Es scheint ihr fast unangenehm zu sein, daß sie jetzt um den schönen Agitationsstoff gekommen ist. (Heiterkeit.) Sie sucht die Sache so darzustellen, als ob die Nationalliberale Partei Sehnsucht nach der demokratischen Partei bekommen hätte. Das ist durchaus nicht der Fall. Nicht wir, sondern die Demokraten müssen sich ändern, bis wir sie als eine liberale Partei ansehen können. (Sehr richtig!) Stehen sie doch in einem so intimen Verhältnis zur ultramontanen Partei, daß es einem Bündnis verzweifelt ähnlich steht. So lange sie nicht den Befähigungsnachweis durch eine nationale Politik erbringen, so lange sehen wir sie nicht als bündnisfähig an. Gegenüber den reaktionären Kräften im Staate ist ein maßvoller Liberalismus noch lange am Platz. Trotz dieser Gegensätze müssen alle bürgerlichen Elemente zusammenstehen gegen die Gefahr, die von den Sozialdemokraten droht. Alle aber mögen sich im politischen Leben tragen lassen von der Liebe zu Fürst und Vaterland, welche die Nationalliberale Partei immer beseelt hat. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer kurzen Pause ergriff das Wort

Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. **Binz**, um sich zur politischen Lage etwa, wie folgt, zu äußern: Nach dem eingehenden und ausgezeichneten Vortrag des Vorsitzenden sei es nicht leicht, noch andere Gesichtspunkte zu den aktuellen Fragen darzulegen. Die Nationalliberale Partei befindet sich unverkennbar in einer ernsten Situation, weil sie sich erstmals nach vielen Jahren zu der Großh. Regierung, die ja eine liberale Regierung ist, in einen gewissen Gegensatz gestellt hat. Es ist ja bekannt, daß die Regierung, speziell das Ministerium des Innern, von dem Beschluß des Engeren Ausschusses keineswegs erbaut ist; es fiel das Wort, daß die Nationalliberale Partei mit ihrem Beschluß altbewährte Bahnen verlassen habe. In der That legt die Nationalliberale Partei großen Wert darauf, in einer wichtigen Frage mit der Regierung des Großherzogs Friedrich nicht in Widerspruch zu geraten. Wir wissen, daß die Nationalliberale Partei allezeit ein großes Verdienst darin erblickte, daß sie immer, wenn es sich um große Fragen des Reichs oder um große innerpolitische Fragen handelte, der Regierung des Großherzogs zur Seite gestanden hat. Der Engere Ausschuß der Nationalliberalen Partei ist aber von der Ueberzeugung durchdrungen, daß er durch seinen Vorschlag die Partei nicht in Widerspruch setzt mit ihren ruhmvollen Traditionen. Die Nationalliberale Partei ist keine unbedingte Regierungspartei, sie ist eine selbständige Partei. Sie ist überzeugt, daß sie sich mit dem Abänderungsvorschlag auf der Linie bewegt, auf der sie immer stand, auf dem Weg des besonnenen Fortschritts. Seit langer Zeit hat sie der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das indirekte Wahlrecht nur eine Form sei, die den eigentlichen Inhalt verloren hat. Eine Form ohne Inhalt aber muß beseitigt werden, wenn sie nicht verderblich wirken soll. Sein Vorredner habe überzeugend ausgeführt, daß das indirekte Wahlrecht nicht mehr seinen ursprünglichen Zweck erfüllt. Nachdem die bisherigen Versuche der Partei, das direkte Wahlrecht zu erlangen, gescheitert sind, habe sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß auf dem eingeschlagenen Weg nichts erreicht wird. Es ist daher nur konsequent von der Nationalliberalen Partei, wenn sie den dargelegten Standpunkt einnimmt. Begreiflicherweise knüpfen sich an diese Haltung der Nationalliberalen Partei allerlei Hoffnungen und Befürchtungen. In gewissen Kreisen hofft man, daß die konservative Partei wieder Oberwasser gewinnen könnte. Das wäre dann nicht zu beklagen, wenn die konservative Partei eine etwas breitere Grundlage auf Kosten der ultramontanen Partei gewinnen könnte. Man hat ja betont, daß in der ultramontanen Partei in Baden konservative Elemente vorhanden sind. Diesen Zuwachs würden wir freudig begrüßen. Denn die ultramontane Partei ist unsere Hauptgegnerin. Wir unterschätzen nicht, daß die Nationalliberale Partei und die anderen bürgerlichen Parteien vor allem berufen sind, gegenüber den destruktiven Tendenzen der Sozialdemokratie ihren Mann zu stellen; aber wir sind uns auch andererseits der vollen grundsätzlichen und dauernden Gegnerschaft bewußt, gegenüber der Partei, deren Prinzip der Ultramontanismus ist, die sich heute unter dem weniger verfänglichen Namen „Centrum" präsentiert. Mit Entrüstung hat es die ultramontane Presse zurückgewiesen, als von einer „gemäßigten Richtung" im Centrum gesprochen wurde, und es ist bemerkenswert, daß Herr Wacker bei seinem Namensfest in Freiburg selbst von Herrn Breitner, den man sonst als sehr gemäßigt bezeichnet, gefeiert wurde. Der Redner zweifelt keinen Augenblick daran, daß auch Herr Zehnter in der gleichen Weise verfahren würde, wie Breitner. Im übrigen hat sich die ganze Centrumsfraktion für das direkte Wahlrecht ausgesprochen, sodaß von dieser Seite für die Konservativen kein Succurs zu erwarten ist. Während sich der seitherige Führer der Konservativen mehr als Vertreter einer gewissen konfessionellen Richtung gezeigt hat, scheint der neue Führer eine breitere Grundlage für seine Partei gewinnen zu wollen, was an und für sich nur zu begrüßen wäre. Der Redner glaubt aber nicht, daß das badische Volk einer Richtung sich zuneigen wird, die schon früher eben durch das badische Volk zu nichte geworden ist. Hoffentlich wird keine weitere Zersplitterung in den Parteien begünstigt; denn dies bedeutet lediglich eine Stärkung des Ultramontanismus. Und daß dieser bei uns eine Macht wie im Reiche erreicht, dazu wird sich das badische Volk nicht hergeben. Im Gegenteil, es sind Anzeichen vorhanden, daß der nationalliberale Geist wieder kräftige Blüten treibt. Die größte Sünde des deutschen Volkes war die Gründung der ultramontanen Partei; diese Ueberzeugung ist Gemeingut der Nationalliberalen Partei geworden; erfreulicherweise kommen nachgerade auch andere Parteien zu der besseren Erkenntnis. Er erinnere nur an das Wort Mommsens: „Das größte Unglück für Deutschland ist die ultramontane Partei." Wir beklagen die Stärke dieser Partei nicht aus konfessionellen Gründen; ja wir protestieren gegen den Vorwurf der Feindschaft gegen die katholische Konfession. Aber wir sehen in der ultramontanen Partei eine Gefahr deshalb, weil sie es unmöglich macht, daß sich alle Bürger des Landes ohne Rücksicht auf die Konfession auf einen gemeinsamen Boden stellen (Bravo!) Die Ultramontanen führen Klage darüber, daß sich protestantische Kreise zur Abwehr zusammenthun, um ihre kirchlichen Interessen zu wahren. Keine Klage ist unbegründeter. Wer hat denn im Deutschen Volk zuerst die konfessionellen Gegensätze aufgerichtet? Der Ultramontanismus. Wenn diese immer über Kulturkampf klagen und darüber jammern, daß den Katholiken Wunden geschlagen werden, dann sollten sie sich selbst an die Brust schlagen und gestehen, daß der Ultramontanismus nach 1870 gegründet wurde im Hinblick auf die Gründung des Deutschen Reichs, als Provokation des protestantischen Teils des deutschen Volkes, der seinerseits nicht gewillt war, konfessionelle Gegensätze hineintragen zu lassen. Wenn also der protestantische Teil des deutschen Volkes sich zusammenthut, dann liegt die Schuld des konfessionellen Zwiespalts an den Ultramontanen. Wir sind gottlob noch nicht so weit, daß sich der protestantische Teil politisch organisiert, wie der ultramontane; wenn es aber soweit käme, dann wären wir an jenem traurigen Standpunkt angekommen, der schon vor Jahrhunderten der Fluch des deutschen Volkes war. (Sehr richtig!) Als vor mehreren Tagen der „Beobachter" schrieb, der „Evangelische Bund" gebe sich, wie wenn demnächst ein konfessioneller Krieg ausbrechen sollte, hat sich der Redner gesagt: seid denn nicht Ihr schuld, wenn es soweit käme? Der Ultramontanismus geht darauf aus, unser Volk konfessionell zu spalten und es den Gegensätzen auszuliefern, die es seinerzeit ins Unglück geführt haben. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß sich die aufgeklärten Katholiken abwenden von der Partei, die nach Mommsen das Unglück Deutschlands ist. Ich hoffe, daß sich das deutsche Volk auf dem gemeinsamen Boden des vaterländischen Empfindens und Schaffens zusammenfindet. (Bravo.) Wenn dies auch in den letzten Dezennien weniger der Fall war, so ist doch darauf hinzuweisen, daß in großen politischen Momenten die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes zu der nationalen Fahne zurückgekehrt ist. (Sehr richtig!) Selbst die ultramontane Partei mußte in entscheidenden Momenten, dank der Stimmung im Volke, das thun, was die nationalen Parteien gethan haben. Die Nationalliberale Partei hat stets darauf hingewiesen, daß die Wehrhaftigkeit des Deutschen Reiches die beste Garantie für den Frieden ist, daß die bedeutenden Ausgaben notwendig sind, und daß das deutsche Volk die Ausgaben machen kann, ohne seine wirtschaftliche Stellung zu gefährden. Heute schnaufen die Gegner nicht mehr davon, daß die Ausgaben für Heer und Flotte den wirtschaftlichen Ruin des Deutschen Reiches herbeiführen. (Sehr gut.) Diese Erfahrungen können uns eine gewisse Beruhigung gewähren dahin, daß sich das badische Volk nicht vom Radikalismus verleiten lassen wird; sie zeigen aber auch andererseits, daß eine Partei, wie die nationalliberale, eine Notwendigkeit ist und daß sich die anderen um sie gruppieren müssen. (Bravo!) Was die Sozialdemokratie anlangt, so sind die Nationalliberalen weit entfernt, berechtigte Forderungen der Arbeiterschaft zu verkennen. Stets sind sie für Maßnahmen für die Wohlfahrt der arbeitenden Klasse eingetreten getreu der Devise, daß alle Berufsstände gleichmäßig gefördert werden müssen. Auch die Nationalliberale Partei will den Arbeitern eine bessere Lebenshaltung ermöglichen und tritt, trotzdem dies nicht anerkannt wird, energisch für sie ein. Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß weite Kreise der Arbeiterschaft sich nicht länger durch die Phrasen der sozialdemokratischen Führer bethören lassen. Eine Arbeiterschaft, die ihre Interessen wirklich versteht, kann und will auf die Dauer keine Gemeinschaft haben mit der vaterlandslosen Sozialdemokratie, die glaubt, ein gutes Werk zu thun, wenn sie die Männer, die zur Wahrung der Ehre Deutschlands nach China gezogen sind, herabwürdigt, deren Führer im Reichstag die Boxer als Repräsentanten der Civilisation hingestellt hat. „Die Nationalliberale Partei", so schloß der Redner, „darf sich das Zeugnis ausstellen, daß sie sich stets davon leiten ließ, im Sinne eines vernünftigen Liberalismus zu wirken und festzuhalten an den bewährten Grundsätzen unserer Gesellschafts- und Staatsordnung. Bleiben wir uns jederzeit des höheren Ziels bewußt und halten wir alle Kräfte zusammen zum Wohl des gesamten Vaterlands!" (Beifall.)

Da sich niemand zum Worte meldete und eine gegenteilige Ansicht nicht laut wurde, konnte Professor Dr. Goldschmit zum Schlusse konstatieren, daß die Versammlung mit den Ausführungen der Redner einverstanden war. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Großherzog wurde dann die Versammlung geschlossen.

Handel und Verkehr.

* **Mannheim**, 27. Nov. (Getreidemarkt.) Trotz der etwas niedrigen amerikanischen Preise waren die Forderungen von daher unverändert. Hier bleibt die Stimmung ruhig, doch bleibt die Kauflust seitens der Mühlen gut. — Preise per Tonne cif Rotterdam: Saxonska M. 133.— bis M. 136.—, Südrussischer Weizen M. 130.— bis M. 144.—, Kansas II M. 135.— bis 135.50, Redwinter M. 136.— bis —.—, La Plata-Weizen M. 133.— bis —.—, feinere Sorten 140.— bis —.—, Rumänischer Weizen M. 129.— bis 145.—, Russischer Roggen M. 105.— bis 110.—, altes Mixed-Mais M. 93.— bis —.—, La Plata-Mais M. 93.— bis —.—, Russische Futtergerste M. 100 bis —, amerikanischer Hafer M. 105.50 bis —, Russischer Hafer M. 100 bis 105, Prima Hafer M. 106 bis 116.

* **Frankfurt a. M.**, 27. Nov. (Abendbörse.) Kreditaktien Dezbr. 208.40, 50 b. Disc.-Comm. Dezbr. 178.90 b. Deutsche Bank 199.20 b., Dezbr. 199.50 b. Handelsgesellschaft Dezbr. 151.20 b. Nationalbank Dezbr. 132.50 b. Bochumer 189, 190.50 b. Harpener 181.60 b. Laura 207.40, 209.40 b. Gelsenkirchen 191.50, 192.50 b. Hibernia 204, 205.80 b. Westeregeln 222 b. Helios 106.70 b. Caro-Hegenscheidt 127.25 b. Lahmeyer 147.50 b. Spanier 69.60 b. Türken 22.50 b., do. C. 25.50 b. Chinesen 76 b. Buenos 88.70, 80 b. Mexikaner 41.85 b. Argentiner 68.80 b., 4½ äußere 70.40 b. Staatsbahn —. Lombarden 26.60 b. Gotthardbahn 146.50 b. Central 155.40 b. Nordost 98.20 b. Union 92.70, 80 b. Jura-Simplon 96, 5.80, 96 b. Packetschiffahrt 129.40 b. Anatolier (voll) 77.80 b., do. (60 Proz.) 78.90 b. Alles per Dezember. Kurse von 6¼—6½ Uhr. Bochumer 190.90. Hibernia 206. Harpener 182.30. Laura 209.50. Jura-Simplon 96. Anatolische Eisenbahn (60 Proz.) 79. 6 proz. Buenos 88.90.

* **Berlin**, 27. Nov. Spiritus, 70er loco 45.62, 50er —.—.

* **Magdeburg**, 27. Nov. Zuckerbericht.) Kornzucker exkl. 88 Proz. Rendement 10.40—10.52—. — Rohprodukte exkl. 75 Proz. Rendement 8.30—8.60. Stetig. Kristallzucker I. 27.72½, Brotraffinade I. 27.72½, Gemahlene Raffinade 27.72½, Gem. Melis 27.22½. Ruhig. (Die Preise verstehen sich bei einer Mindestabnahme von 100 Ztr.) Rohzucker 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Novbr. 9.75 — G. 9.80— Br., per Dez. 9.77½ G. 9.80— Br., per Januar-März 9.92½ G. 9.97½ Br., per Mai 10.07½ G. 10.12½ Br., per August 10.30— G. 10.32½ Br. Ruhig.

* **Hamburg**, 27. Nov. Kaffee good average Santos. (Schlußkurse.), per Dez. 34½ Pf., per März 35¼ Pf.

* **Amsterdam**, 27. Nov. Roggen per März 127, per Mai 129.

* **Rotterdam**, 27. Nov. Zink Banka prompt fl. 78—.

* **Liverpool**, 27. Nov. (Baumwoll.) Schluß. Tages-Einfuhr 64000, Umsatz 8000 B. Amerikaner ruhig, ½ niedriger. Surats unverändert.

* **London**, 27. Nov. Silber 29⅜.

* **London**, 27. Nov. (Metallbörse.) (Schlußnotierungen.) Kupfer Standard 72⅞, do. 3 Monate 73½, Best Selected ——, — Zinn Straits cash. 128—, do. 3 Monate 127¼. — Blei spanisch 17⅛, do. englisch 17⅜. Zink ordinary brands 19—, do. Spezial brands 19½.

* **Glasgow**, 27. Nov. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres warr. 68 Sh. 4 d. Warrants Middlesborough III. 61 Sh. 7½ d.

Deutscher Reichstag.

Für die Einzelheiten der Seemannsordnung, die vom Reichstag gestern an eine Kommission verwiesen worden ist, interessiert man sich fern von der „Waterkant" naturgemäß weniger, als in den unmittelbar beteiligten Kreisen. Immerhin aber haben die großen Flottenfragen auch im Süden des Reiches die Aufmerksamkeit mehr auf diese Dinge hingelenkt. Dazu kommt, daß die in der nebst den Entwürfen von Gesetzen über die Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, über die Stellenvermittelung für Seeleute und über die Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuches vom Bundesrate wieder vorgelegte Seemannsordnung sich dem Rahmen der großen Sozialgesetzgebung des Reiches einfügt. Sie regelt das Vertragsverhältnis zwischen Schiffer und Rheder, zwischen Mannschaft und Vorgesetzten, Lohnfragen u. s. w. Sie war im vorigen Jahre schon bis zur Kommissionsberatung gediehen und erscheint nun in der alten Form von Neuem. Der Freisinnige Lenzmann findet in der Vorlage zu viel Befugnisse für den Bundesrat, der Sozialdemokrat Schwartz vermißt Berücksichtigung der Beschlüsse der vorigen Session Er sieht in ihren Strafbestimmungen mittelalterliche Symptome. Graf Posadowsky, der gestern zum ersten Male in dieser Session das Wort ergriff und den Singer durch einen Zwischenruf „12 000 Mark" zu alterieren suchte, wies die Uebertreibungen der Sozialdemokraten nach, wobei ihm Bundesratsbevollmächtigte aus den Hansestädten sekundierten. Zum Beginn der Sitzung hatte es eine kleine Differenz gegeben; dann waren noch formelle Rechnungsvorlagen erledigt worden. Heute ist keine Sitzung. Für morgen steht die Novelle betr. Privatversicherungen, über deren Inhalt schon berichtet wurde, auf der Tagesordnung.

w **Berlin**, 27. Nov. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärte die Wahlen der Abgeordneten Firzlaff, 3. Wahlbezirk Köslin, Zwick, 5. Berlin, und Baron de Schmid, 12. Elsaß-Lothringen, für gültig.

w **Berlin**, 28. Nov. Im Reichstage brachten Heim, Müller-Fulda und Genossen eine Interpellation ein, was die verbündeten Regierungen zu thun gedächten, um der bestehenden, weite Volkskreise schwer bedrückenden Kohlenteuerung wirksam abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr einer solchen Teuerung zu verhüten.

w **Berlin**, 28. Nov. Der Vorsitzende der Budgetkommission des Reichstages, Abg. v. Kardorff, teilte in der gestrigen Sitzung mit, daß er den Vorsitz der Kommission niederlegen wolle.

Kleine Chronik.

w **Berlin**, 27. Nov. Auf einen bei dem Stadtbahnhof Tiergarten haltenden Stadtbahnzug fuhr heute Vormittag ein von dem Bahnhof Bellevue abgelassener zweiter Zug auf. Nach bisheriger Feststellung sind drei Personen leicht verletzt. Die Ursache war eine Störung des elektrischen Blockapparates. Die Verkehrsstörung war in einer Viertelstunde beseitigt.

w **Berlin**, 28. Nov. Die „Post" erfährt von unterrichteter Seite, daß das neue deutsch-englische Telegraphenkabel mit Rücksicht auf die ungünstige Witterung nicht vor dem Frühjahr gelegt werden kann.

w **London**, 27. Nov. In der St. James-Kapelle fand heute Nachmittag ein feierlicher Trauergottesdienst für A. Sullivan statt, an den sich die feierliche Beisetzung in der Paulskirche anschloß. Außer Vertretern der Königin und des Prinzen von Wales, war im Auftrage des Kaisers Wilhelm auch der Attaché bei der deutschen Botschaft, Fürst Lynar, anwesend, der im Namen des

Kaisers einen Kranz am Sarge niederlegte. Die musikalische Welt war zahlreich vertreten. Auch der Generalintendant Graf Hochberg hatte einen Kranz gesandt.

w **London**, 27. Nov. Die Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Wheeling (Westvirginia), demzufolge auf der Strecke der Chesapeake-Eisenbahn eine Eisenbahn-Brücke unter dem Zuge eingestürzt sei. Alle Passagiere, etwa 200, seien ums Leben gekommen. Einzelheiten fehlen noch.

w **London**, 27. Nov. Reuter erfährt, eine Meldung der Abendblätter von dem Eisenbahnunglück auf der Chesapeake-Ohio-Eisenbahn sei unbegründet.

Letzte Nachrichten.

* **Berlin**, 26. Nov. Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, wird auf Wunsch des Kaisers die Fürstin zu Eulenburg, die Gemahlin des Botschafters in Wien, den kleinen Kreuzer E, dessen Stapellauf am 5. Dezember auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser" in Bremen stattfindet, taufen.

w **Berlin**, 27. Nov. Gegenüber den Wiederholungen in der Presse, daß die süddeutschen Regierungen erst auf die Mahnung einer derselben zur Teilnahme an den Beratungen des Wirtschaftlichen Ausschusses eingeladen wurden, besondere Vertreter aber überhaupt nicht genehm gewesen seien, führt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Daten an: Der Ausschuß wurde am 4. November 1897 berufen. Schon am 6. November 1897 wurde ohne irgend welche vorgängige Anregung unter anderen den Regierungen Bayerns, Württembergs, Badens und Elsaß-Lothringens die Ausschußbildung und Einberufung einer konstituierenden Sitzung zum 15. November samt der Tagesordnung mitgeteilt und die Entsendung eines Kommissars anheimgestellt. Gleichzeitig wurde die jedesmalige besondere Benachrichtigung zugesagt, sobald dem Ausschusse Fragen von unmittelbarer Bedeutung für die Gestaltung der Handels- und Zollverhältnisse vorlägen. Sämtliche vorgenannten Regierungen bezeichneten sofort ihre Kommissare, die mit einer Ausnahme an der ersten Sitzung am 15. November teilnahmen. Seitdem wurden sie sämtlich zu jeder Sitzung, auch Kommissionssitzung, besonders eingeladen, namentlich auch im Februar 1899 zu den Kommissionsberatungen über die neue Zolltarifanordnung. Vor Beginn wurden noch durch ein besonderes Schreiben die Bundesregierungen, namentlich auch die süddeutschen, auf diese Beratungen aufmerksam gemacht und ihnen mitgeteilt, ihre Kommissare würden, wie bisher, unmittelbar eingeladen, was auch bei den über 100 Sitzungen jedesmal geschah. Die Frage der Vertretung durch Bundesbevollmächtigte oder Sondervertreter unterstand ausschließlich dem Ermessen der Bundesregierungen. Mehrfach wurden Vertreter besonders entsandt.

w **Berlin**, 27. Nov. Der „Reichsanzeiger" meldet: Graf Theodor v. Stolberg-Wernigerode erhielt den Roten Adlerorden 2. Klasse mit Stern, Eichenlaub und Schwertern am Ringe.

w **Berlin**, 27. Nov. Der „Nordd. Allg. Ztg." wird von zuständiger Seite die Meldung der „Rhein.-Westf. Ztg." als unrichtig bezeichnet, wonach in nächster Zeit der Umbau der D-Züge erfolge und ein größerer Betrag hierfür in den nächstjährigen Etat eingestellt werde.

w **Berlin**, 27. Nov. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnung betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für die Arbeiterversicherung, sowie die Verordnung betr. Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.

w **Berlin**, 27. Nov. Das Präsidium des Reichstages wird morgen Mittag vom Kaiser im Neuen Palais empfangen werden.

w **Rom**, 27. Nov. Das nächste Konsistorium, in dem Bischöfe ernannt und die mit der Schließung des heiligen Thores zu beauftragenden Kardinäle bestimmt werden sollen, ist auf den 17. Dezember festgesetzt worden.

w **Rom**, 27. Nov. Der Deputierte Danielli ist an Stelle des zum Generaldirektor der Banca Italia ernannten Stringher zum Unterstaatssekretär des Schatzes ernannt worden.

w **Wien**, 27. Nov. Die Landtage werden vom 10. Dez. bis 19. Dez. zusammentreten.

w **Paris**, 27. Nov. Die Kammer setzte in der Vormittagssitzung die Beratung des Kolonialetats fort. In deren Verlauf wies Pelletan darauf hin, daß dem Parlament nicht die Möglichkeit gegeben sei, eine genügende Kontrolle über die Ausgaben für die Kolonien auszuüben.

w **Livadia**, 27. Nov. Der Kaiser verbrachte den gestrigen Tag gut. Um 9 Uhr abends war die Temperatur 36,5, Puls 66. Nachts schlief der Kaiser gut. Am Morgen war das Empfinden und der allgemeine Kräftezustand vollkommen befriedigend. Temperatur 36, Puls 66.

w **Belgrad**, 27. Nov. Der ehemalige Minister des Innern im Kabinett Giorgiewitsch, Gentschitsch, der am Sonntag hier eingetroffen ist, wurde wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch eine s. Z. in einem ausländischen Blatte veröffentlichte, den König verletzende Aeußerung, sowie wegen direkter Beleidigung durch zwei den König beleidigende Briefe verhaftet. Gentschitsch wird wohl auch wegen Veruntreuung von Staatsgeldern verfolgt werden.

w **Konstantinopel**, 27. Nov. Wie verlautet, beabsichtigt die amerikanische Gesandtschaft auf die Zahlung der Entschädigung für die von Angehörigen der Vereinigten Staaten während der armenischen Wirren erlittenen Verluste zurückzukommen, um einen Druck in der Frage der Exequatur für den amerikanischen Konsul in Karput auszuüben. Wie es scheint, ist die Entsendung eines amerikanischen Panzerschiffes nach Smyrna dazu bestimmt, den Eindruck dieses Schrittes zu unterstützen.

w **Washington**, 27. Nov. Der deutsche Botschafter von Holleben hatte eine längere Besprechung mit dem Staatssekretär Hay.

Präsident Krüger.

+ **Paris**, 27. Nov. Um 3 Uhr erschien der Chefredakteur des „Intransigeant" Henri Rochefort mit einer Delegation von etwa 50 Notabilitäten, um den Präsidenten den Ehrendegen für General Cronje zu überreichen. Es hatte sich eine ungeheure Menschenmenge vor dem Hotel versammelt, welche Herrn Rochefort aus dem Wagen hob und im Triumph in das Hotel trug. Auf dem Boulevard war eine Abteilung republikanische Garde aufgestellt, während Gardisten zu Fuß gegenüber dem Hotel Aufstellung genommen hatten. Bei der Ueberreichung des Ehrendegens sagte Rochefort, er hoffe, daß die Syndikate der Throne dem Syndikate der Völker nachgeben werden müssen. Als Rochefort das Hotel verließ, wurde er von der begeisterten Volksmenge wieder in den Wagen gehoben.

w **Paris**, 27. Nov. Krüger empfing heute Nachmittag zahlreiche Abordnungen, darunter eine von Rochefort geführte, die dem Präsidenten den für Cronje durch öffentliche Sammlungen gestifteten Ehrensäbel übergab. Als sich Krüger um 3 Uhr auf dem Balkon zeigte, wurde er von der Volksmenge lebhaft begrüßt. Die Polizei nahm bereits lange vor den Empfängen vor dem Hotel Scribe Absperrungen vor.

w **Paris**, 27. Nov. Heute Abend zogen 1000 Studierende verschiedener Fakultäten vom Sorbonne-Platz aus unter Hochrufen auf Krüger nach dem „Hotel Scribe", um dem Präsidenten Adressen zu überreichen.

w **Paris**, 28. Nov. Die Zahl der Studenten, die sich an dem Zuge nach dem Hotel „Scribe" beteiligten, beträgt etwa 2000. Krüger empfing eine Deputation von 20 Studierenden. Der Sprecher teilte mit, die Studentenschaft beabsichtige, an alle Staatsoberhäupter eine Petition zu richten, in der die schiedsgerichtliche Regelung des Streites zwischen England und Transvaal erbeten wird. Krüger äußerte sich zustimmend und gedachte der Studierenden unter den Buren, die für das Vaterland in den Kampf zogen und Tod oder Gefangenschaft erlitten. Später zeigte sich Krüger, umgeben von 4 Studenten auf dem Balkon. Die Menge brachte Krüger stürmische Huldigungen dar.

w **Paris**, 28. Nov. Krüger empfing gestern die Schüler des landwirtschaftlichen Instituts und des Charlemagne-Lyceums, welche ihm eine Bronze-Figur überreichten, David den Säbel schärfend, darstellend. Um 6½ Uhr begab sich Krüger zu Delcassé, auf der Fahrt überall lebhaft begrüßt von der Bevölkerung. Delcassé empfing Krüger, von seinen Beamten umgeben, und führte ihn dann in sein Arbeitszimmer, wo die Unterredung bis 7½ Uhr dauerte. Später stattete Delcassé einen Gegenbesuch ab.

w **Paris**, 28. Nov. Mehreren Blättern zufolge hat Loubet die Absicht, Krüger vor seiner Abreise noch einmal zu empfangen und ihm dabei das Großkreuz der Ehrenlegion zu überreichen. Wie verlautet, wollen einige Mitglieder des Generalrats des Seine-Departements in der heutigen Sitzung eine Resolution beantragen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Initiative zu einer Vermittelung zwischen England und Transvaal zu ergreifen.

w **Haag**, 28. Nov. Der Gemeinderat beschloß, Krüger bei seiner Ankunft in corpore zu begrüßen. Der Bürgermeister wird den Präsidenten im Namen der Bevölkerung willkommen heißen.

w **Amsterdam**, 27. Nov. Eine Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates beantragen, daß Krüger während seines Aufenthaltes in Amsterdam vom Gemeinderat offiziell empfangen und ein vom Gemeinderat zu organisierender Empfang durch die Bevölkerung vorbereitet werde.

Die chinesische Krisis.

w **Berlin**, 27. Nov. Laut Meldung des Grafen Waldersee erreichte die Kolonne York am 19. d. M. Kalgan und trat am 23. den Rückmarsch an. Von Tientsin aus unternahm Oberstleutnant Arnstedt mit einem kleinen Detachement eine Straf-Expedition nach Wutsinghsien und Nantsaitsun, 55 und 40 Kilometer nordwestlich von Tientsin. Das erste Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 2 in Shan-hai-kwan wurde durch Etappentruppen abgelöst und marschiert direkt nach Peking.

w **London**, 26. Nov. Der Verlauf des Gedankenaustausches der Mächte über die Beschlüsse des Pekinger diplomatischen Korps läßt eine allgemeine Verständigung voraussehen. Als Basis gilt in diplomatischen Kreisen, daß die Forderung der Todesstrafe für die Rädelsführer, bei dem grundsätzlichen Begehren dieser Strafart als einer verschuldeten, nicht in die décision irrévocable eingereiht werde, ferner daß bezüglich der Entschädigungsfrage den Bedenken wegen der Leistungsfähigkeit Chinas zunächst im Prinzip Rechnung getragen werde, da vorläufig die Grundlagen für ziffernmäßige Feststellungen fehlen.
(„Pol. Corr.")

w **London**, 27. Nov. Nach einer Depesche hiesiger Abendblätter aus Shanghai kam es dort gestern Abend zu einem Zusammenstoß zwischen etwa 30 französischen Soldaten und einer Anzahl englischer Polizisten, wobei einige Personen verwundet wurden.

w **Peking**, 26. Nov. Die Gesandten, einschließlich des russischen, stimmten zwei neueren Vorschlägen bei, die früher infolge Mangels an Einmütigkeit abgelehnt waren, nachdem sie einigen Abänderungen unterworfen waren. Der eine Vorschlag geht vom englischen Gesandten aus und verlangt, daß China der Umarbeitung der Handelsverträge zustimme. Der andere Vorschlag wurde vom italienischen Gesandten gemacht und geht dahin, daß China sich einer von den Mächten als Garantie für die Bezahlung der Entschädigung nötig erachteten Finanzkontrolle unterwirft, die in dem internationalen Kontrollamte ähnlich der Aegyptischen Kasse der Staatsschuld oder der Verwaltung der ottomanischen Staatsschuld besteht. Die Verzögerung der Ueberreichung der gemeinsamen Note, die auf die heimischen Regierungen zurückzuführen ist, trägt viel zu den Schwierigkeiten der Lage bei und verschlimmert die Störungen im Handel und den Finanzen, besonders hinsichtlich der Eintreibung der Inlandssteuern. Da die Finanzlage jetzt sorgsam überwacht wird, sind die Zahlungen für die bestehenden Anleihen für Dezember und Januar gesichert, doch dürfte später eine zeitweise Einstellung der Schuldentilgung nicht unmöglich sein.

Der südafrikanische Krieg.

w **London**, 28. Nov. „Evening Standard" verbreitet unter Vorbehalt das Gerücht, daß eine Verschwörung gegen das Leben des Lord Roberts entdeckt worden sei. Etwa 20 Ausländer seien dabei beteiligt. Die Verschwörer hatten Minen gelegt, welche letzten Sonntag auffliegen sollten. Die Verschwörung wurde durch die Wachsamkeit der Polizei und Schutzwache Roberts entdeckt. Es heißt, etwa zehn Personen, meistens Italiener, seien verhaftet worden.

w **London**, 28. Nov. Roberts meldet aus Johannesburg: Da wahrscheinlich das Gerücht von einem Komplott gegen sein Leben nach London gedrungen sei, halte er es für eine Pflicht, die Thatsachen mitzuteilen. Die Polizei hat seit einiger Zeit wahrgenommen, daß eine Verschwörung gegen ihn existiere. Am 16. November wurden fünf Italiener, vier Griechen und ein Franzose festgenommen. Es war beabsichtigt, am 19. November während des Morgendienstes um 11 Uhr eine Mine in die Luft zu sprengen.

w **Laurenço Marques**, 27. Nov. Eine Abteilung von 80 portugiesischen Reitern mit zwei Geschützen rückten heute früh auf Catensbe vor, da gerüchtweise verlautete, daß Dewet sich in diesem Distrikte des portugiesischen Gebietes befinde.

w **Laurenço-Marques**, 27. Nov. Etwa 100 Buren erklärten sich wieder bereit, sich den Engländern zu ergeben, unter der Bedingung, sie nicht außer Landes zu schaffen.

w **Standerton**, 28. Nov. Eine englische Kolonne griff in der Nähe von Greylingstadt 150 Buren an und vertrieb sie von den Hügeln. Die Verluste der Buren sollen beträchtlich sein. Die Engländer erbeuteten eine große Menge Lebensmittel.

Eisenbahnunfall.

: Müllheim, 28. Nov. Wie soeben gemeldet wird, ereignete sich gestern Abend gegen 9 Uhr bei Heitersheim ein Eisenbahnunfall. Der Bahnpostwagen des Schnellzuges Basel-Frankfurt Nr. 6 war warm gelaufen, sodaß er hinten zu brennen begann. Der Vorgang wurde glücklicherweise zeitig genug entdeckt, sodaß weiteres Unglück verhütet wurde. Der Zug hatte ca. eine halbe Stunde Verspätung. Alles Nähere darüber fehlt noch.

: **Müllheim**, 28. Nov. Wie uns soeben mitgeteilt wird, bestand der gestrige Eisenbahnunfall darin, daß die Achse des Postwagens warm gelaufen war, ohne daß jedoch ein Teil des Wagens in Brand geriet. Der Wagen wurde ausrangiert, wodurch die gemeldete Verspätung entstand.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt.
für Reklamen und Inserate: Georg Bix,
beide in Karlsruhe.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

In Karlsruhe.

Donnerstag, 29. Nov. **„Figaros Hochzeit"** 19. Ab.-Vorst. (A.) Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Freitag, 30. Nov. **„Die Braut von Messina"**. 19. Ab.-Vorst. (C.) Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Samstag, 1. Dez. **„Der Fremde"** und **„Frau Königin"**. 20. Ab.-Vorst. (B.) Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Sonntag, 2. Dez. **„Aida"**. 21. Ab.-Vorst. (A.) Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Montag, 3. Dez. Festvorstellung zur Feier des Geburtsfestes J. K. H. der Großherzogin: **„Das Thal von Andorra"**. 20. Ab.-Vorst. (C.)

In Baden-Baden.

Mittwoch, 28. Nov. **„Die Nachtwandlerin"**. 10. Ab.-Vorst. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Frankfurter Börsenkurse vom 27. November 1900.

Staatspapiere.	In Proz. Pap.	G.
Deutsche 3½% (abg.) Reichs-Anl. M.	94.7	95.[illegible]
„ 3½ „ „	95.[illegible]	95.1
„ 3 „ „	87.7	87.1
Preuß. 3½% (abg.) konf. St.-A. „	94.60	95.1
„ 3½ „ „	95.8	95.1
„ 3 „ „	86.9	87.1
Baden 3½ Obl. fl.	93.70	94.2
3½ dto. M.	93.50	93.7
„ 3½ v. 86 (abg.) „	93.30	93.60
„ 3½ v. 1892 u. 94 „	91.60	[illegible]
Bayern 4 Abl.-R. fl.	90.70	100.3
3 E.-B.-Obl. M.	84.70	83.3
3½ Fürstl. Jsenbg. und Büd.-Birstein v. 1887 incl. Coup. v. 1./7.99 „	—.—	99.40
Hamb. 3½ St.-Rente „	97.20	95.7
Gr. Hessen 4 St.-A. „	99.80	100.9
Württ. Obl. 3½ v. 75 80 „	94.20	94.7
„ „ 3½ v. 81 83 „	93.50	94.70
„ „ 3½ v. 85 u. 87 „	93.5	94.70
„ „ 4 v. 1891 „	100.5	101.2
„ „ 3½ v. 88 u. 89 „	93.1	94.7
„ „ 3½ v. 1893 „	93.6	94.70
„ „ 3½ v. 1894 „	93.70	94.70
Finnld. 3½ Obl. v. 89 M.	87.20	87.8
Griech. E.-B. v. 90	37.50	38.20
Italien. 4 Rente . L.	93.8	94.90
Italiener 4 Rente L.	93.10	94.5
4am. v. 89 S. III u. IV	92.20	92.[illegible]
Oest. 4 Goldrente fl.	97.90	98.3
„ E.-B.-St. Sch. i. G.	—.—	95.50
„ 3½ E.-B.-St. Sch. S.	—.—	119.80
„ 4⅕ Silber-Rente fl.	97.50	97.80
„ 4⅕ Papierrente fl.	96.30	97.80
„ 5½ E.-B.-Staats.	—.—	124.20
Portugiesen 4½ St.-Anl.	35.20	36.4
dto. v. 91 (Tab.-Anl.)	98.70	98.90
Rumän. 5% . . . fl.	—.—	—.—
dto. am. 5 Rte. 91/00	87.30	87.00
Rumän. 4am. Rt. v. 90	72.[illegible]	73.5
4 „ „ v. 96	71.00	73.2
4 Russ. Conf. v. 80 Rbl.	87.20	98.6
„ Goldanl. v. 1889	97.10	100.6
„ Cf. E.-B. S. 1, 2, 89	99.7	99.4
„ Conf. E.-S. 3 v. 91	—	98.4
„ Goldanl. E. 2 v. 90	99.60	98.50
„ Staatsr. v. 94	97.50	95.70
3½ „ Goldanl. v. 94	—.—	90.20
Schweden 3½ v. 80 M.	97.20	97.5
„ 3½ v. 86 „	91.9	94.2
„ 3½ v. 90 „	91.50	95.0[illegible]
„ 3 „	86.2	84.50
4 Serb. amort. v. 1895	59.20	61.30
4 Span. ausl. v. 1882	69.9	63.75
Ungarn 4 Goldrente fl.	96.50	96.7
4 Ungar. Staatsr. Kr.	91.0	91.50
4½ „ E.-A. 89 Gold	100.70	100.70
4½ „ E.-A. 89 Silb.	98.70	97.70
Argentinier 5 Goldanl.	—.—	—.—
5 Chinesische Anleihe	99.60	98.50
	95.50	98.4
4 Egypt. unific. Obl.	105.5	105.2
5 Mexiko Anleihe v. 88	42.[illegible]	41.5

Provinzial- und Gemeinde-Obligationen.		
3½ Frankfurt a. M. Lit. R. (abg.)	92.50	92.30
3 Baden-Bad. v. 1886	83.00	84.60
3½ „ von 98—1903	—.—	93.55
3½ Freiburg i. B. Obligationen von 1888	99.30	99.80
3½ dto. v. 98—1902	—.—	93.5
3½ Heidelberg v. 1894	—	90.80
3 Karlsruhe von 1886	88.40	88.50
3 „ von 1889	83.00	87.50
3 „ von 1896	—	84.50
3 „ von 1897	—	84.5
4 „ von 1900	100.30	100.7
3½ Lahr von 1889	—	91.00
3½ Mannheim v. 1888	99.60	99.6
3½ „ v. 1895	—	92.0
3½ Mannh. 1895—1903	—	91.00
4 „ 1899—1904	99.40	100.60
3½ Stadt Pforzh. M.	—	99.70
4 dto. Rom i. G. fl.	94.10	95.5
gr. Serie II—VIII	94.1	95.5

Vollbezahlte Bank-Aktien.		
Deutsche Rchsb. 3½%	150.70	148.55
Frankfrt. Bank M. 4%	—	188.2
Badische Bank . 4%	119.60	121.0
Berliner Holsges. 4%	146.70	151.00
Darmstädt. Bk. M. 4%	132.50	132.20
Deutsche Bank . 4%	189.5	198.55
Deutsche Vereinsb. 4	115.20	119.5
Disk.-Komm.-Ant. 4%	177.20	178.1
Dresdener Bank 4%	141.5	147.6
Mitteld. Kreditb. 4%	107.9	110.5
Natlbk. f. Deutschl. 4%	132.1	131.95
Oberrhein. Bank 4%	116.30	115.0
Pfälzische Bank 4%	134.6	154.7
Rheinische Kreditbk. 4%	140.2	141.50
Schwarzwld. Bankverein	119.00	117.00
Süddeutsche Bank 4%	110.6	108.8
Württ. Notenbank 4%	111.5	109.90
„ Vereinsb. 5%	139.20	1[illegible]
Oesterr. Ungar. Bk. 5%	121.30	121.50
„ Kredit-Bk. 5%	—	201.20
Wiener Bankverein 5%	—.—	118.5

Industrie-Aktien.		
D. Metallpatronenfbr.	—	209.10
Bad. Anil. u. Soda-F. 5	—	391.0
Bad. Uhrenfabr. Furtw	50.50	51.[illegible]
Bad. Zuckerf. Wagh. 5%	80.40	71.80
Cementwerk Heidelbg.	—	139.00
Ettlinger Spinnerei	—	109.50
Farbwerke (Höchst) 5	—	388.00
Karlsr. Maschinenb. 5	—	234.50
Masch.-Fbr. Gritzner 4	186.70	176.50
Verein dtsch. Oelfbr. 4	106.70	107.30
Zellstoff-F. Waldhof 4	—	227.00

Aktien inländischer Transport-Anstalten.		
Ludwigsh.-Bexbach 4%	218.20	229.50
Pfälzische Maxb. 4½	—	45.0
Pfälzische Nord 4%	26.2	32.5
Nordd. Lloyd . 4%	107.2	116.[illegible]

Aktien ausl. Transp.-Anst.		
Oest.-Ung. Staatsb. 5	—	141.95
Oest. Südb. (Lomb.) 5	24.50	26.8
Gotthardb. 500 Fr. 4%	—	146.5
Ital. Mittelm. L.500 4	97.70	98.[illegible]
Westsizilian. E.-B. 4%	30.20	29.4
La Veloce Bzg.-A. 5	17.[illegible]	18.20
dto. St.-A. 4%	47.20	45.50

Prioritäts-Obligationen von Transport-Anstalten.		
4 Pfälzische . . .	99.20	100.50
3½ Pfälzische . .	91.30	91.5
3½ „ conv.	91.6	92.80
5 Albrecht, steuerfrei	—	104.4
4 Böhm. Nord i. G.	—	97.[illegible]
4 Elisabeth, steuerpfl.	95.10	96.20
4 „ steuerfr.	97.70	99.50
4 Franz Josef „	95.50	95.50
4 Mähr. Grzb. v. 95	93.20	94.50
5 Oest. Nrdw. Obl. 74	108.20	108.5
5 dto. Lit. B. fl.	104.2	107.60
5 Oesterr. Sd.-Lomb. fl.	102.50	102.70
4 „ „ M.	91.2	91.00
3 „ „ Fr.	67.[illegible]	71.60
5 „ Ungar. Stsb.	106.00	108.1
4 „ von 1883 M.	97.9	98.8
3 „ I—VIII. Em.	87.5	88.[illegible]
3 „ IX. Emmiss.	84.1	86.00
3 „ von 1885 Fr.	84.13	84.40
3 „ Erg.-Netz „	84.70	86.6
3 „ von 1895 strf.	78.50	81.80
3 Prag-Dux v. 1896	87.90	77.20
3 Raab-Oed.-Ebenf. M.	71.20	72.5
3 dto. v. 1891	72.20	76.3
4 Rudolf. . strf. fl.	94.50	96.20
4 „ (Salzkgtb.) M.	97.10	99.20
5 Ungarische Galiz. fl.	105.10	105.10
5 Vorarlberg . strf.	92.50	94.5
3 Ital. Süd. S. A—E	56.9	57.9
3 Livornes. L. C, D. u. D²	59.90	60.0
3 Südital. E.-B. (Mer.)	59.30	59.80
4 Toskanische C. Fr.	94.90	94.1
4 Westsic. E. v. 79 strf.	—	97.5
4 Russ. Südwest E.-B.	98.70	97.7
4 Wladikawkas E.-B.	96.70	97.20
5 Anatol. E.-B.-Obl. i. G.	97.40	97.2
5 Oeste de Minas E.-B.	—	46.7
6 Cal. Pac. III. Mortg.	101.80	102.9
5 California u. Oregon	111.5	111.2
5 Pac. of Miss. Konsol.	117.50	118.0
Southern Pac. of Calif.	[illegible]	[illegible]
West. N.-York B. 1. M.	119.60	120.4

Pfandbriefe.		
4 Frkf. Hyp.-Kr. S. 27	99.50	99.50
3½ dto. S. 28, 30 u. 33	91.90	91.60
4 Hamb. Hyp.-B. S. 141—250 (unk. b. 1900)	98.70	98.[illegible]
3½ Meining. Hypthbk.	—	90.50
4 dto. (unk. b. 1900)	—	98.50
3½ dto. (unk. b. 1905)	—	91.[illegible]
4 Pfälz. Hyp. („ „ 1898)	99.80	99.70
3½ dto.	—	91.40
4 Preuß. C.-B.-Kr. 1890 (unk. b. 1900)	98.20	98.80
3½ „ C.-B.-Kr. 1886	—	90.00
3½ „ C.-B.-Kr. 1889	90.50	90.00
3½ dto. 94 unk. b. 1900	—	89.80
3½ dto. 96 „ „ 1906	—	90.20
4 Preuß. Hyp.-Vers. Zf.	96.20	96.10
3½ „ Vers.-A.-G.	90.20	90.00
3½ „ Pfdbr.-Bk. E. XVII unk. b. 1905	90.70	90.20
3½ Preuß. Pfdbr.-Bk. E. XVIII unk. b. 1908	90.70	90.50
4 Preuß. Pfdbr.-Bk. E. XVIII unk. b. 1908	100.00	99.00
4 Preuß. Pfdbr.-Bk. E. XIX unk. b. 1909	100.00	99.50
4 Rh.-Hyp. unk. b. 1902	99.50	99.50
3½ dto.	91.20	90.60
3½ dto. S. 69—82	91.20	90.60
4 Südd. B.-Kr. Mnch.	100.00	99.80
4 Württ. Hypothekenb.	[illegible]	99.7
4 Allg. Elektr.-G.-Obl.	—	97.[illegible]
5 Dortmund Union-H.	111.2	111.00
4½ Eisenbahnrentenb.	101.50	100.5
3½ Kleinb.-Obl. Preuß. Pfdb.-Bk. unk. 1904	92.70	92.8

Verzinsliche Lose.		
4 Badische Prämien	139.10	140.50
4 Bayerische Prämien	155.60	158.50
Donauregulierung	—	129.5
3½ Köln-Mindener	130.90	132.5
3 Madrider 100 Fr.	42.50	39.4
4 Meininger Präm.-Pf.	129.3	132.1
3½ Oesterr. v. 1854	162.2	17[illegible].60
4 „ v. 1860	131.5	135.3
3 Oldenburger	125.90	129.50
3 Türken Fr. 400.	105.80	109.[illegible]

Unverzinsliche Lose.		
Ansbach-Gunzh. fl. 7	36.90	40.20
Augsburger . . fl. 7	24.00	25.6
Braunschweig Thlr. 20	128.90	129.4
Finnländer Thlr. 10	63.8	68.00
Freiburg (Kant.) Fr. 15	24.90	25.50
Mailänder . Fr. 45	—	48.00
„ . Fr. 10	13.60	14.90
Meininger . fl.	24.40	23.80
Neuchateler . Fr. 10	25.00	26.50
Oesterr. v. 1864 fl. 100	—	356.90
„ Kred. v. 58 „ 100	—	397.50
Pappenh. Gräfl. „ 7	24.50	23.30
Schwedische Thlr. 10	—	—
Ungar. Staats fl. 100	282.00	285.20
Venetianer . Lire 30	25.20	23.30

Verfallene Coupons.	
Amerik. Unit. St.-Obl.	4.19½
dto. Eisenbahn	4.20¼
Belgische Fr. 100	81.00
Franz. „ 100	81.50
Oesterr. ö. W. fl. 100	84.75

Geld-Sorten.		
20 Franken-Stücke	[illegible]	16.24
Dollars in Gold	4.2	4.17
Engl. Sovereigns	20.45	20.37

Papier-Geld.		
Amer. (kl. Grenb.) p. D.	—	4.19½
Franz. Banknoten	—	81.35
Oesterr. 100 fl. Bankn.	—	84.85
Russ. Banknot. p. S.R.	—	—

Wechsel.

		Kurze Sicht.	2½—3 Monate
Amsterdam	fl. 100	169.25	—
Antwerpen-Brüssel	Fr. 100	81.2[illegible]	—
Italien	Lire 100	76.95	—
London	Lstr. 1	20.420	20.45 B 20.41 G
New-York (3 Tage Sicht)	D. 100	4.20¾	4.21
Paris	Fr. 100	81.45	—
Schwz. Bkplätze	Fr. 100	81.35	—
Wien ö. W.	fl. 100	84.85	—
dto.	m. S.	—	—

Reichsbank-Diskonto 5%

Prämien-Erklärung: 27. Nov. **Abrechnungstage** 2[illegible]. Nov.

Notierungstage für Prolongationssätze 26. u. 27. November 1900.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die beste und billigste Seide

wird in der Schweiz erstellt.

Seidenstoffe jeder Art

in schwarz, weiss, farbig etc. von **Mk. 1.40** bis **Mk. 10.—** unerreichte Auswahl, mit Garantie für solides Tragen versenden zoll- und portofrei direkt an Private

Seidenstoff-Export-Haus

Magazine zum wilden Mann, Basel.

— Muster umgehend und franko. — 12016

Hotel-Restaurant

Friedrichshof.

Im oberen Saale

Donnerstag den 29. November

letztes

Konzert-Gastspiel

des

Stockholmer Damen-Quintetts

in Original-Landestrachten.

Grosses abwechselndes Programm.

Quartette, Terzette, Duette u. Soli

in schwedischer und deutscher Sprache. 8258

Anfang 8 Uhr. **Entrée 50 Pfg.**

Bier 12 Pfg. — Bier 12 Pfg. — Bier 12 Pfg.

1408

Pfaff-Nähmaschinen.

Niederlage bei

Alwin Vater,

Zirkel 32. 1505

Gegründet 1865. — Billigste Preise.

Feuer-, Fall- und Einbruchsichere

Kassenschränke, Stahlkammern, Gewölbe-Thüren und -Einrichtungen.

Vielfach bewährte, neueste, kräftigste und exakteste Bauart. 8070

Wilh. Rupp & Sohn,

Ulm a. d. Donau.

Grösste Leistungsfähigkeit. — Höchste Auszeichnungen.

Deutscher, schreib' mit deutscher Feder!

Wer mit einer **guten deutschen** Feder schreiben will, fordere **Brause-Federn** mit dem Fabrikstempel: 8044

Probesortiment in Ef., F. oder M. Spitze zu **20 Pfg.** in den Schreibw.-Handlg.

A. Haunz,

Karlsruhe,

Kaiserstrasse 106/108.

Telegramm Adresse: **Reisebazar.** Telephon Nr. 1134.

Erstes Reise-Artikel-Versandt-Haus Badens.

Ausführliche Kataloge auf gefl. Verlangen gratis. 3722.52.21

Die schönste Zierde

für den **Weihnachtsbaum** ist ein reichhaltiges Sortiment

Glas-Christbaumschmuck,

enth. 300 Stück prachtvolle, farbige Glassachen, Früchte, schwebende Vögel, Kugeln, Glocken, Brillant-Reflexe, Obstkörbchen, Luftballons, Engel mit beweglichen Glasflügeln, Spitze, reizende übersponnene Neuheiten, Phantasiesachen, Eiszapfen, Lichthalter 2c., zum **enorm billigen** Preis von **Mk. 5.—** franco (Nachnahme Mk. 5,30). Ein Sortiment größere Sachen, 200 Stück, zum selben Preis. Sortimente in allen Preisen.

Kilian Müller Ph. Sohn, Lauscha, Th. No. 22.

Zur Weiterempfehlung enthält auch diesmal jede Kiste die im Vorjahr mit so großem Beifall aufgenommene **Geburt Christi**, aufstellbar, mit 24 farbigen Figuren bis 13 cm Höhe, über der Krippe Engel mit Gloria. Belehrende, freudenerregende Zugabe. Weihnachten 1899 wurden allein auf **Empfehlungen** und **Nachbestellungen** mehr als 1400 Kisten expedirt. Viele Hundert glänzende Zeugnisse liegen vor.

8122

Alle kranken Puppen

heilt

die erste Karlsruher

Puppen-Klinik

von **H. Bieler**, Kaiserstraße 222.

Nur kurze Berufsstörung! 5070.22.18

Kunsthandlung E. Büchle, Rahmenfabrik,

Kaiserstrasse 149,

empfiehlt

Stiche, Radierungen, Gravüren,

Büsten, Säulen, Staffeleien,

Bilderrahmen *in moderner und einfacher Art,*

Farbige Photographien *aus allen bekannten Gegenden*

in grosser Auswahl. 1246

Auf der Weltausstellung Paris 1900

wurde unseren Fabrikaten die

Goldene Medaille

zuerkannt.

Gebr. Leichtlin,

Fabrik für Chemisch Präparierte Papiere, Papier-Grosshandlung, 1458

Verkaufslokal: ***Zähringerstrasse 69.***

Reform-Gesundheits-Corsets

in den **vorzüglichsten Schnitten** gearbeitet, allen Anforderungen der **Hygiene** und **Eleganz** entsprechend, empfiehlt in großartigster, von keinem anderen Geschäfte gebotener Auswahl zu dem billigen Preise von **Mk. 5.—** an das Stück 1480

A. Lucas, Karlsruhe.

Größtes Spezial-Geschäft für Corsets und Damen-Unterröcke.

Prompter Versand nach auswärts.

---

van Houtens Cacao

½ Kilo genügt für 100 Tassen

Ein einmaliger Versuch überzeugt, dass van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend und stets wohlschmeckend. Weitere Vorzüge sind die leichte Verdaulichkeit und schnelle Bereitungsweise. Van Houtens Cacao wird niemals lose verkauft, sondern ausschliesslich in den bekannten Blechbüchsen. Bei lose ausgewogenem Cacao bürgt nichts für die gute Qualität.

8033

Tausende

quälen sich mit einem Husten ab ohne etwas dagegen zu thun und bedenken nicht, dass aus dem scheinbar geringen Husten, Heiserkeit etc. oft schwere Krankheiten entstehen.

Gebrauchen Sie

Fay's ächte Sodener Mineral-Pastillen,

vorzüglich bewährt als Mittel bei Erkrankung der Luftwege etc. oder Reizung der Athmungsorgane, wie Heiserkeit, Husten, Katarrhe sowie bei **Influenza-Epidemien** etc. 12001

Erhältlich

in den Apotheken, Drogerien, Mineralwasserhandlungen zum Preise

von nur 85 Pfg.

per Schachtel.

Zur

Weihnachtsbäckerei

empfiehlt 1540

Reibmaschinen,
Tafelwagen,
Uhrenwagen,
Springerlesmodel,
Ausstechformen u. sonstige Backformen aller Art,
Nudelbretter,
Wallhölzer,
Teigkratzer,
Teigschüsseln in Stein, Email und Irden.

Edmund Eberhard,

40b Ludwigsplatz 40b,

Haus- u. Küchengeräte-Magazin,

— Telephon 1264. —

Schlafzimmereinrichtung,

bestehend aus **2 franz. Bettstellen** mit **Muschelaufsätzen** (matt und blank), **Rosten, Polstern** und **prima Haarmatratzen, 2 Nachttischen** u. **1 Waschkommode** mit **Marmor-** u. **Toilettenspiegel**, ist um den **billigen** Preis von **400 Mk.** zu verkaufen im 1415

Möbel- und Tapeziergeschäft

von

Wilh. Seiter, Hebelstr. 4.

Telefon No 1303.

Patent-Bureau Karlsruhe

C. KLEYER Kriegstr. 77

INGENIEUR & PATENTANWALT

4027.52.17

J. G. COTTA'SCHE

BUCHHANDLUNG NACHFOLGER G. M. B. H.

IN STUTTGART.

MDCXL

FÜRST BISMARCKS BRIEFE AN SEINE BRAUT u. GATTIN

HERAUSGEGEBEN VOM

FÜRSTEN HERBERT BISMARCK

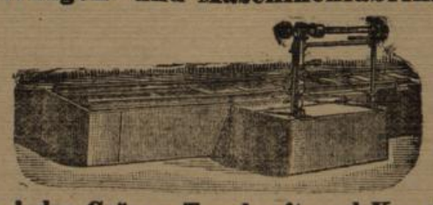
Mit einem Titelbild der Fürstin nach Franz von Lenbach und zehn weiteren Porträt-Beilagen.

Preis geh. 6 Mark, in elegantem Leinwandband 7 Mark 50 Pf. 8270

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen.

Ph. Jac. Schotthöfer, Schifferstadt (Pfalz),

Waagen- und Maschinenfabrik.



Waagen jeder Grösse, Tragkraft und Konstruktion.

Eisenbahnwaggon-Waagen;

Fuhrwerkswaagen ✻ Viehwaagen,

Laufgewichts- und Dezimalwaagen.

Registrierapparate.

Prospekte und Offerten gratis und franko. 4320.15.11

Vertreter:

H. Eppenich, Ingenieur, **Karlsruhe i. B.,** Leopoldstrasse 27.

Ph. Bader, Karlsruhe,

1150 **Amalienstraße 59.** Telephon 256.

Kohlen, Koks, Brikets, Holzkohlen.

Herrschafts-Wohnung.

Kriegstrasse Nr. 47a in schöner, freier Lage, ist eine Herrschaftswohnung, bestehend aus 9—10 Zimmern, Glasveranda, Loggia, Bad und sonstigem reichlichem Zugehör, Zentralheizung, elektrisches Licht u. Gartenanteil zu vermieten.

Zu erfragen Kriegstrasse 47a parterre. 1111

Abbruch.

Das Anwesen Ritterstraße 5 soll auf Abbruch verkauft werden. Einzusehen v. 26. bis incl. 30. d. M. täglich von 2—3 Uhr, Eingang am eisernen Thor in der Zähringerstr. Bedingungen und Offertformulare im Bureau der Unterzeichneten.

Karlsruhe, 25. November 1900.

1518 **Curjel & Moser.**

Pianino,

großes Instrument, kreuzsaitig, alles in modernster Ausführung, **nur ganz kurze Zeit** im Gebrauch, **verkaufe** Umstände halber statt für **Mk. 1000.—** zu **Mk. 680.—.** **Ostendstr. 10** 4. Stock, **Karlsruhe.**

5105

Jakob Weiss,

Weinhandlung, 1404

Kronenstrasse 38.

Weine bester Qualität zu billigsten Preisen.

Eigene Reben in Durbach.

Schaumweine

von Math. Müller in Eltville

zu Originalpreisen.

Acquisiteure

für Auskunftei bei **hoher Provision** gesucht. Nur bewährte Kräfte wollen sich melden sub **J. D. 5951** an **Rudolf Mosse, Berlin S. W.** 8259

Angestellte

8259

jeder Branche finden **lohnenden Nebenverdienst ohne Schädigung ihres Chefs.** Adressen **J. C. 5950** an **Rudolf Mosse, Berlin S. W.**

Gesucht

zum sofortigen Eintritt 2 tüchtige Bautechniker für Bureau und Bauplatz, gewandte Zeichner. 1462

Anerbietungen mit Gehaltsansprüchen erbeten von dem

K. Landbauamt Speyer.

Ein Kücheneinrichtungs-Geschäft en gros sucht einen gewandten **Korrespondenten,** sowie einen **Fakturisten,** womöglich branchekundig, zum baldigen Eintritt. Offerten unter **F. L. 4191** an **Rudolf Mosse, Mannheim,** erbeten. 8246

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.